

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 87-89

Autor: *Reinhard Jellen*

Rezension

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik
Globalisierung und Widerstand, Nr. 38, Zürich 2000 21.- SFr.

Entgegen den Beschwörungsformeln dekonstruierender Schamanen und den Darlegungen ihrer eigenen Public-Relations-Abteilungen sind die eifrigsten Anarchisten, die pedantischsten Gleichmacher, die entschlossensten Enteigner die permanentesten Revolutionäre und die unerbittlichsten Kreuzritter wider das Staatswesen heutzutage die Kapitalisten in Gestalt der transnationalen Konzerne selbst. Dementsprechend fällt dieses Mal die staatliche Zähmung der Akkumulationsmonster den Linken zu (also jenen, die momentan ohnehin nicht viel zu sagen haben), wobei erst einmal ge- und erklärt werden muß, wie diese Situation überhaupt entstehen konnte und welche Auswirkungen sich dabei für die Gesellschaft ergeben.

Diese Aufgabe stellt sich die Züricher Halbjahreszeitschrift „Widerspruch“ und löst sie in stets schlüssiger und erfreulich verständlicher Weise. Sie beginnt dem Beitrag des Berliner Sozial- und Politikwissenschaftler *Christoph Scherrer* über die Außen- und Freihandelspolitik der USA als hegemoniales Projekt. Dabei wird mit einem neogramscianischen Ansatz der Versuch gemacht, diese als Projekt einer internationalen Kapitalfraktion der USA zu erklären, welche reichlich über die Ressource Geld verfügt und die Fähigkeit besitzt, „die jeweils partikularen Interessen zu universalisieren“ (6). Die (vermeintlichen) Diskontinuitäten der Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten interpretiert Scherrer als Resultate einer strategischen Unterstützung jener Politiker, Parteien und Wissenschaftler, die – von den privaten Medien gegebenenfalls eifrig unterstützt – zur rechten Zeit genau mit jenen Projekten aufwarten, die die Dynamik der Wirtschaft im Sinne dieser freihandelsorientierten Eliten weiter zu fördern im Stan-

de waren bzw. falls nicht, sich bereit fanden, ihre Politik entgegen ihren Wahlversprechungen nachträglich diesem Unterfangen anzupassen. Mit dieser Politik seien verschiedene Ziele verfolgt worden: Diente die amerikanische Freihandelspolitik zu Zeiten des Kalten Krieges der Stärkung der Bündnispartner gegen die Sowjetunion, so wird der Weltmarkt seit dem Fall des Ostblocks vor allem dazu eingesetzt, die Ansprüche der Lohnabhängigen und anderer gesellschaftlicher Gruppen möglichst niedrig zu halten.

Mit den Umbrüchen eines vormals an der Warenproduktion orientierten zu einem den Shareholdern verpflichteten Kapitalismus und den sich daraus ergebenden sozialen Konsequenzen beschäftigt sich der Beitrag des Wirtschaftsjournalisten *Joachim Bischoff*. Er verortet den Grund für die Zunahme gesellschaftlicher Disparitäten in erster Linie nicht, wie üblich, in der Konkurrenz mit Billiglohnländern, sondern in der neuen Rolle, die die Finanzmärkte einnehmen. Diese sei durch eine doppelte Entwicklung gekennzeichnet: durch die aparte Machtstellung der Vermögensbesitzer einerseits, die über Investmentfonds und Aktionärsversammlungen direkt Einfluß auf die Politik der Unternehmen nehmen können, und durch die Tendenz des Kapitals andererseits, die erwirtschafteten Profite statt in realökonomische Projekte am Kapitalmarkt anzulegen und damit letztlich die gesellschaftliche Wertschöpfung zu erodieren. Somit bestimme der Zwang zur Steigerung der Rendite des Eigenkapitals und der Aktienkurse immer mehr die Unternehmenspolitik. Diese Tendenz des Kapitals zur Spekulation auf den Finanzmärkten verschärft wiederum die sozialen Asymmetrien. Zusätzlich greift das Prinzip der Deregulierung nicht nur auf den Finanzmarkt, die Unternehmen und die öffentlichen Sektoren zu, sondern prägt auch die sozialstaatlichen Segmente, die mehr und mehr nach dem Vorbild der kapitalistischen Akkumulationslogik organisiert werden. – Als Maßnahme der Reregulierung dieser Prozesse plädiert *François Chesnais* für die Einführung der Tobin-Tax, der Besteuerung von Devisentransaktionen, zeigt aber gleichzeitig auch deren Grenzen auf, die darin liegen, daß der liberalisierte Devisenhandel nur einen untergeordneten Bestandteil des globalen Finanzkapitals darstellt.

Brigitte Young diagnostiziert in ihrem Artikel „Die Herrin und die Magd“ eine mit den die Globalisierung begleitenden Migrations-, Privatisierungs-, Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Liberalisierungstendenzen einhergehende Intensivierung der Konflikte zwischen den verschiedenen Klassen, Geschlechtern und Ethnien und stellt fest: „Die zunehmende Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen innerhalb der gleichen Klasse und gleicher ethnischer Zugehörigkeit hat gleichzeitig zu mehr Ungleichheit zwischen Frauen unterschiedlicher Klassen und Ethnien geführt.“ (57)

Den Zusammenhang zwischen Globalisierung, Standortnationalismus und Sozialstaat bzw. die im Bewußtsein der Öffentlichkeit fatale „Gleichsetzung von Denationalisierungserscheinungen in der Ökonomie mit bestimmten gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen wie sie das neoliberale Wettbewerbsmodell fordert“ – wobei vergessen wird, daß „die Globalisierung selbst auch ein Ergebnis autonomer nationaler Politik war und ist“ (71) – schildert der Kölner Politökonom *Christoph Butterwege* in seiner Abhandlung. „Aus der neoliberalen Wirtschaftstheorie, die durch Steuerleichterungen bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen möchte, entwickelt sich eine Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen, kurzum: Wirtschaftsstandorten unterschiedlicher Größe, zum Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät“ (72). Die soziale Ungleichheit wird zum „Motor individueller Leistungsbereitschaft instrumentalisiert und soziale Auslese“ betrieben (73). Die damit einhergehende Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung schafft nun aber den Nährboden für Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Bevölkerung, die sich rechtspopulistische oder -extreme Politikern eigen machen können. „Neuer Sozialdarwinismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus gehören zu den negativsten Begleiterscheinungen eines Denkens, das sich mit dem „eigenen“ Wirtschaftsstandort identifiziert und dessen Schicksal auf den Weltmärkten geradezu hypostasiert.“ (76) Somit werde die geistige Basis für den Neofaschismus, die Tendenz zur Naturalisierung der sozialökonomischen Unterschiede auf biologischer Ebene, sowohl auf Seiten der Privilegierten als auch auf der vom Abstieg bedrohten Schichten, aufrechterhalten. Eine ausführliche und zum Teil auch kontroverse Debatte über die Strategien von NGO's in der internationalen Schuldenkampagne Jubilee 2000 sowie Besprechungen von Publikationen zum Thema schließen die rundherum erfreuliche Lektüre des Heftes ab.

Reinhard Jellen